

Auf der Linie Washingtons

VON JOSEF JOFFE

In der Geschichte der Bundesrepublik hat die jeweilige Opposition, historisch gesehen, außenpolitisch immer das Falsche gewollt. In den 50er Jahren kämpfte die SPD gegen Wiederbewaffnung und Westbindung, in den 70ern die Union gegen die Ostpolitik, in den 80ern wieder die SPD gegen die Nachrüstung. Im nachhinein mußte die Opposition noch ein jedes Mal erkennen, daß die Regierung den richtigen Kurs vorgelegt hatte.

Eine neutralistische, den Lockungen und Drückungen von Ost und West ausgesetzte Bundesrepublik wäre zum Desaster geraten: ohne Freunde, ohne Sicherheit. Eine Bundesrepublik, die sich dem Entspannungstrend der 70er Jahre entzogen hätte, wäre gleichermaßen in der Sackgasse gelandet. Die Stationierung der Euro-Raketen war historisch ebenfalls der richtige Schritt: So wurde die Null-Lösung errungen, welche die Sowjetunion bis dato heftigst verweigert hatte.

Heute sagt die Opposition, zumindest große Teile von SPD und Grün, erneut nein - aber in widersprüchlicher, ja unsicherer Weise. Einerseits bejaht der jüngste SPD-Vorstandsbeschuß das Verbleiben der UN-Truppe in Ex-Jugoslawien sowie eine Zusatzpolizei von 12 000 (hauptsächlich Briten und Franzosen), welche die erstere schützen möge. Dafür soll's auch logistische und medizinische Unterstützung von den Deutschen geben. Andererseits: 'Den Einsatz von deutschen Bodentruppen und Kampfflugzeugen lehnen wir ab. Er würde die Konflikte verschärfen, den Krieg eskalieren und politische Lösungen erschweren ...'

Liegt die Opposition schon wieder falsch? Wenn man nicht wüßte, daß Rudolf Scharping aus diesen Sätzen eine wacklige Brücke zwischen den 'Pazifisten' und 'Bellizisten' in seiner Partei drechseln mußte, wäre man geneigt, ihm einen Grundkurs in Logik sowie Realpolitik zu empfehlen. Man kann nicht für die UNPROFOR und eine neue Hilfstruppe sein und andererseits deren Absicherung verweigern. Es sei denn, man wolle den beiden wichtigsten europäischen Verbündeten - England und Frankreich - unter die Nase reiben, daß man sie bei der Dreckarbeit allein lassen werde.

Der Einsatz deutscher Kräfte, doziert der SPD-Vorstand, würde 'den Krieg eskalieren und politische Lösungen erschweren'. Woher weiß er das? Daß die Karadzic-Serben UN-Geiseln nehmen und den Krieg gegen die bosnische Zivilbevölkerung grausig eskaliert haben, läßt sich doch ganz einfach mit der Absenz militärischer Optionen seitens des Westens erklären. Man muß kein blindwütiger Bellizist sein, um das Offenkundige zu konstatieren: Wenn eine Seite sich im militärischen Vorteil wähnt, hat sie kein Interesse an politischen Kompromissen. Oder noch brutaler, im Strategiejargon ausgedrückt: Die

Serben meinen, daß sie die Eskalationsdominanz besitzen, also eskalieren sie hier und jetzt.

Oder liegt in diesem apokalyptischen Szenario die Emphase auf dem Einsatz deutscher Kräfte - also auf der Erinnerung an das Wüten der Wehrmacht, welche die Kriegslust der Serben um so mehr anstacheln würde? Das hieße doch, daß die Bundeswehr in die Fußstapfen der Nazi-Wehrmacht träte, daß sie im Namen eines deutschen Imperialismus agieren würde - und nicht im Namen des Friedens und unter der Flagge von UN und NATO. Das kann der SPD-Vorstand wohl kaum gemeint haben.

Nein, der Vorstand will, so lange es geht, einen internen Krieg vermeiden, und das kann den Sozialdemokraten niemand verdenken, auch wenn die Argumente nicht von bestechender Konsistenz sind. Auch weiß die SPD, daß sie erneut die Narrenfreiheit der Opposition besitzt - wie weiland die Schumacher-SPD und die Barzel-Union. Wenn die Regierung den Einsatz will, kann sie ihn haben, weil sie die Mehrheit im Bundestag hält.

Aber will die Regierung überhaupt? Sie will einen Beschluß des Sicherheitsrats abwarten und am 21. Juni entscheiden. So eindeutig wie bei Westbindung und Ostpolitik liegen die Dinge nicht. Die Ironie ist doch diesmal, daß die SPD-Linke, wenn man das pazifistische Gekräusel übersieht, auf der Linie der amerikanischen Rechten segelt, die das Sagen im Kongreß hat. Kein Militäreinsatz in Bosnien, lautet deren knappe Parole.

Hinter dieser Ironie versteckt sich Tieferes. Es gibt zwar viele gute Argumente für den klug dosierten Gewalteinsatz gegen die Bosno-Serben: um sie zu ernüchtern, um einen Anreiz für echte Gespräche zu liefern. Nur: Im Innersten hat der gesamte Westen längst beschlossen, um mit Bismarck zu reden, daß der Balkan nicht die gesunden Knochen eines mecklenburg-vorpommerschen Fallschirmjägers wert ist. Wir wissen, wer der Aggressor ist; wir wissen, daß ihm nach drei Jahren vergeblicher Gespräche nur mit Gewalt beizukommen ist. Aber es ist zu riskant und zu kostspielig, und mit Moskau wollen wir uns auch nicht anlegen.

Also bleibt's bei einer UN-Truppe, die nicht kämpfen darf; also kommt eine Eingreiftruppe, die es auch nicht darf. Nur: So einfach, wie es sich die rot-grünen Fundamentalisten machen wollen, wird es auch nicht gehen. Wenn auch die Zweitpolizei versagt, muß die ganze Truppe abgezogen werden, und dazu wird die Bundesluftwaffe gebraucht. Wenn sie aber 'aggressiv' verteidigt und in Kämpfe verwickelt wird, können die Deutschen ihre Verbündeten auch nicht im Stich lassen. Kohl ist nicht zu beneiden, die Opposition aber auch nicht, denn sie wird Farbe bekennen müssen.